

# HISTORISCHE KOMMISSION FÜR NIEDERSACHSEN UND BREMEN

## ARBEITSKREIS GESCHICHTE DER JUDEN

**Sprecher:** Dr. Werner Meiners, Oldenburg;

Stellvertretende Sprecherin: Dr. Marlis Buchholz, Hannover; Schriftführer: Dr. Jürgen Bohmbach, Stade, Mozartstraße 54a, 21682 Stade; E-Mail: [juergen.bohmbach@gmx.de](mailto:juergen.bohmbach@gmx.de)

---

### Rundbrief Nr. 27 (August 2013)

---

#### **Sprecher-Neuwahlen und Perspektive des Arbeitskreises**

---

Liebe Mitglieder des Arbeitskreises Geschichte der Juden!

Wieder einmal stehen im September Sprecher-Neuwahlen an. Nach neunjähriger Tätigkeit werden Frau Buchholz und ich nicht wieder kandidieren; Herr Bohmbach ist bereit, erneut für das Schriftführer-Amt zu kandidieren.

Nun stehen wir vor der Aufgabe, Nachfolger zu finden, die zum einen der Historischen Kommission angehören müssen und zum anderen noch nicht die Altersgrenze von 65 Jahren überschritten haben. Die Altersgrenze gilt im HIKO-Ausschuss, in dem der Arbeitskreis-Sprecher vertreten ist.

Was die Perspektive des Arbeitskreises angeht, so erscheint mir offensichtlich, dass ein Arbeitsschwerpunkt in der Ausweitung der Zusammenarbeit mit anderen Institutionen und Gremien (wie bereits mit der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten praktiziert) liegen muss, und dies über die Landesgrenzen hinaus (wie schon in Ansätzen mit Fachkollegen in Westfalen und Hamburg). Innerhalb der HIKO sollte die inhaltliche Kooperation mit den anderen Arbeitskreisen vertieft werden.

Um diese Ziele erreichen zu können, benötigt der AK ein engagiertes Leitungsteam, das sich dieser Aufgabe stellt. Ein Hauptproblem ist in diesem Zusammenhang, dass dem AK die personelle Verankerung an den Hochschulen verlorengegangen ist und auch nicht zu sehen ist, wie sich dies kurzfristig ändern lässt.

Wir finden zwar immer wieder Referenten unter jüngeren Wissenschaftlern. Diese haben aber einen relativ engen thematischen Schwerpunkt und sind kaum zu einer permanenten Mitarbeit zu bewegen.

Über Anregungen und Hinweise von Ihnen würde sich das Sprecherteam freuen. Alles weitere am 18. September in Hannover.

**Werner Meiners**

---

#### **Tagung des Arbeitskreises in Bremen am 13. März 2013**

---

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und dankt für die Möglichkeit, die Tagung erstmals auch im Staatsarchiv Bremen durchführen zu können.

Herr Dr. Elmshäuser stellt den Tagungsort und seinen Bezug zum Thema vor. Bremen hat erstaunlich geringe Bedeutung für die jüdische Geschichte.

#### **Themenplanung, Projekte und Informationen**

Herr Meiners verweist auf das Projekt „Reise ins jüdische Ostfriesland“, an dem sich anlässlich der 75. Wiederkehr der Pogromnacht eine große Zahl von Einrichtungen beteiligen.

Herr Banse legt eine Broschüre zu „Stolpersteinen in Uelzen“ aus.

Der dritte Teil der Tagung „Juden in Niedersachsen“ wird wohl erst in 2014 stattfinden. Die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten plant eine umfassende Veröffentlichung.

Im September 2013 muss das Sprechergremium neu gewählt werden; Frau Buchholz und Herr Meiners werden nicht kandidieren. Der Stamm der kontinuierlichen Mitarbeiter des Arbeitskreises wird geringer.

Herr Dörfler regt an, sich mit den Themen Zionismus und Antisemitismus in Niedersachsen zu beschäftigen.

## **Einführung in das Schwerpunktthema: Jüdisches Leben im Weserraum vom 16. Jahrhundert bis Anfang des 19. Jahrhunderts**

Herr Meiners umreißt zu Beginn die Frage nach Gemeinsamkeiten und das Problem einer Grenzziehung zu anderen Räumen.

In den Jahren 1550 und 1564 gibt es erste Ansiedlungsversuche in Bremen. Wohl besonders wegen der Unterstützung der Erzbischöfe wurden die Juden jedoch von der Stadt abgewiesen, stand die Stadt doch seit langem in einem Souveränitätskonflikt mit den Erzbischöfen, die zu dieser Zeit immer noch, wenn auch mit wenig Erfolg, die Landesherrschaft über die Stadt reklamierten.

### **Vortrag 1**

**Andreas Lennert:**

#### **Die Judenpolitik des Bremer Senats unter Johann Smidt und ihr Nachhall in Bremen bis in die Gegenwart**

Nachdem Bremen über Jahrhunderte die Ansiedlung von Juden verhindert hatte, musste die Stadt sich im Jahre 1803 verpflichten, anlässlich der Übernahme bis dahin hannoverscher Dörfer auch einige hannoversche Schutzjuden mit ihren Familien zu übernehmen, erlaubte ihnen aber keine Ansiedlung in der Stadt selber. Erst in der Zeit der französischen Okkupation ließen sich bis 1813 ca. 30 jüdische Familien bzw. einzelne Juden in der Stadt selbst nieder.

Sobald die Stadt ihre alte Freiheit wiedergewonnen hatte, war die Rückführung dieser Juden in das bremische Landgebiet und die Ausweisung der nichtbremischen Juden unumstrittenes Ziel des Senates. Über mehrere Jahrzehnte beschäftigte ihn der Wunsch, Bremen wieder zu einer judenfreien Stadt zu machen.

Anfangs hinderten ihn die noch offenen Verhandlungen über die Bundesakte und die Stellung der Juden im zu gründenden Deutschen Bund und entschiedene Interventionen der drei Großmächte Österreich, Preußen und Russland zugunsten der bremischen Juden an einer radikalen Ausweisung. Im Jahre 1814 gewährte man den jüdischen Familien ein auf sechs Jahre befristetes Bleiberecht, das von den Juden als Beginn eines jeweils der Verlängerung bedürftigen dauernden Aufenthalts

missverstanden, vom Senat aber als bis 1820 begrenzte Zwischenlösung gemeint wurde.

Schon im Jahre 1819 beauftragte der Senat eine Kommission aus den eigenen Reihen mit der Vorbereitung der endgültigen Ausweisung, musste aber erneut die kritischen Fragen der übrigen Bundesstaaten, besonders der Nachbarn Hannover und Oldenburg berücksichtigen, die besorgt waren, die aus Bremen ausgewiesenen Juden könnten sich in ihren Staaten niederlassen und fragten, wo die bremischen Juden denn schließlich bleiben sollten. Eine Frage, die dem Senat gar nicht gekommen war, da er etwas naiv davon ausgegangen war, diese würden einfach an ihre früheren Wohnorte zurückkehren können.

Aus Furcht vor einem diplomatischen Eklat im Bundestag schlug der Senat anstelle der rigiden Ausweisung einen flexibleren Weg ein, ohne sein grundsätzliches Ziel aus den Augen zu verlieren: Den christlichen Hausbesitzern wurden Mietverträge mit jüdischen Familien untersagt, Juden sollten mit der Androhung, anderenfalls ihre Warenlager und Kontore zu schließen, zur Lösung einer Fremdenkarte verpflichtet werden und die „Polizey“ wurde beauftragt, mit den jüdischen Familien jeweils individuelle Ausreisetermine zu vereinbaren. Schließlich wurden die seit 1803 „bremischen“ Juden zur Rückkehr in ihre Dörfer aufgefordert.

Schon ein halbes Jahr später, 1821, musste sich der Senat das Scheitern seiner Anstrengungen eingestehen: Die Hausbesitzer, unter ihnen ein Mitglied des Senats, weigerten sich, ihre jüdischen Mieter auf die Straße zu setzen, einige forderten vom Senat Mietausfallentschädigung.

Die Juden missachteten die Auflage der Fremdenkarte, und der Senat musste zugeben, dass sie auch *mit* der Verpflichtung zur Fremdenkarte so wenig aus der Stadt wären wie ohne. Eine Bereitschaft der Herkunftsorte zur Wiederaufnahme der Juden war ebenfalls nicht zu erreichen.

Die angedrohte Beschlagnahme der Warenlager blieb so lange wirkungslos, wie sich christliche Kaufleute als Vertreter und Geschäftsführer für jüdische Kollegen fanden. So musste sich der Senat auf eine Politik der judenfeindlichen Nadelstiche verlegen: Dienstboten, alleinstehende Kaufmannsgehilfen und Arbeiter, z. B. in den Zigarrenmanufakturen

wurden polizeilich ausgewiesen, die wohlhabenden Kaufleute, denen das Leben schwer gemacht wurde, verließen nach und nach die ungastliche Stadt.

Übrig blieben die Vermögens- und Einkommenslosen, die nirgendwo anders einen Wohnort fanden. Die Macht des Senats scheiterte gerade an den Ärmsten. Die notwendige Rücksicht auf die übrigen Bundesstaaten hinderte den Senat daran, sie einfach über die Grenze zu schicken. In Einzelfällen scheute der Senat aber auch keine Kosten. So finanzierte er z. B. noch 1841 einer minderbemittelten Familie die Überfahrt nach Nordamerika einschließlich eines „Eingliederungsgeldes“ – gegen die eidliche Zusage, nie wieder nach Deutschland zurückzukehren.

Als Motor und Repräsentant dieser judenfeindlichen Politik gilt gemeinhin Johann Smidt. Die Akten zeichnen aber das Bild eines sich in dieser Frage weitgehend einigen Senats. Smidt ist derjenige, der diese Politik als Vertreter Bremens sowohl auf dem Wiener Kongress als auch im Deutschen Bundestag vertreten muss. Nicht zuletzt deshalb liegen umfangreiche schriftliche Berichte dazu aus seiner Hand vor.

Fragt man nach seinen Motiven, bleibt auch heute noch manches unklar. Sein Denken scheint weder von zeitgenössischen reaktionären christlich-deutschtümelnden Vorstellungen bestimmt, noch treiben ihn wirtschaftliche Interessen Bremens. Im Gegenteil, seine Unterstützer waren die wirtschaftlichen Kräfte der Vergangenheit, die zäh ihre „althergebrachten“ Privilegien verteidigenden Ämter, etwa das der Kramer oder Tuch- und Weinhändler.

Die schon damals mit ihrem Reichtum herausragenden ökonomischen Kräfte der Stadt, international agierende Fernhändler, oder die damaligen „Fabrikanten“, die auch jüdische Arbeiter beschäftigten, scheinen der Judenpolitik des Senats ausgesprochen skeptisch gegenüberzustehen, intervenieren auch – erfolglos – zugunsten einzelner jüdischer Mitarbeiter, ohne dass ihre Interessen vom Senat berücksichtigt worden wären.

Eher gilt: Zu Smidts idealisiertem Bild einer vom Senat gelenkten republikanischen Bürgergemeinschaft passten keine autonomen Minderheiten, seien es ethnische, religiöse oder kulturelle. Er fürchtete als Senator und

Bürgermeister den Kontrollverlust über eine Bevölkerungsgruppe mit eigener Gemeindestruktur und autonomen Sozialeinrichtungen.

Lange Zeit hat die Judenaustreibung im Bremer Gedenken an Johann Smidt keine Rolle gespielt. Mit Recht galt er als der bedeutendste bremische Staatsmann des 19. Jahrhunderts und wurde als solcher gefeiert.

Erst 1921 erschien die erste umfassende Beschreibung der Judenpolitik des Bremer Senats und Smidts unter dem Titel „Bürgermeister Smidt und die Juden“ von Richard Rühnick. Allerdings handelte es sich um die Schrift eines antisemitischen Lokalpolitikers, der dem Ruhme Smidts ein weiteres Blatt hinzufügen wollte. Dementsprechend erschien eine zweite Auflage im Jahre 1934.

Selbst nach dem 2. Weltkrieg fand die bremische Judenvertreibung keine weitere Erwähnung, auch nicht anlässlich des Staatsaktes zu seinem 100. Todestag im Jahre 1957. Erst anlässlich des 200. Geburtstages von Smidt im Jahre 1973 kam es zur öffentlichen Auseinandersetzung und zum Eklat. Herbert Weichmann, der ehemalige hochangesehene Bürgermeister Hamburgs, lehnte die Bitte des Senats, die Festrede auf Smidt zu halten, mit der Begründung ab, auch Smidt würde es nicht gewollt haben, dass er als Jude diesen würdige.

Im gleichen Jahr war die umfangreiche Untersuchung von Werner Biebusch über Smidts Wirken in der Revolution von 1848 erschienen, in der deutlich wurde, dass Smidt selbst im hohen Alter mit anderen Regierungen des Deutschen Bundes gegen die demokratischen Umwälzungen in Bremen konspirierte hatte.

Dies war das eigentliche Ende der blinden Verehrung Smidts in Bremen, auch wenn seine unbestreitbare Bedeutung für die Stadt nicht geleugnet wurde.

Noch einmal flammte 2012 in Bremen die Diskussion über Smidts antijüdische Politik auf, als die Stadt einen Ort suchte, durch dessen Benennung man den mit Radio Bremen eng verbundenen Lorient ehren könne. Ein Abgeordneter schlug dafür die zentrale Johann-Smidt-Brücke vor mit der Begründung, Smidt habe eine solche Ehre sowieso nicht verdient.

Als Ergebnis einer aufgeregten geführten Diskussion in den bremischen Medien ist seitdem

auf einer Tafel neben der Statue Smidts im Rathaus nach der Würdigung seiner Verdienste zu lesen:

*„Die Schattenseiten seines Handelns wurden dabei lange übersehen. So vor allem seine Politik gegen die bürgerliche Gleichberechtigung und Niederlassungsfreiheit von Juden in Bremen und gegen die erste demokratische Verfassung Bremens von 1848.“*

### **Aussprache**

Herr Dörfler fragt, ob Listen erhalten sind, woher die Juden kamen. Herr Lennert antwortet, dass die Juden meist aus dem Weserraum und dem Küstengebiet kamen.

Eingehend wird über die Rolle und die Bewertung Smids diskutiert. Gegenüber anderen Mächten argumentierte Smid konzilianter, sein Zorn richtete sich vor allem gegen Rothschild.

Herr Meiners weist darauf hin, dass es Bremen schon im 16. Jahrhundert vor allem um die Aufrechterhaltung der Souveränität ging. Die restriktive Haltung des Senats änderte sich erst mit der Reichsgründung.

Herr Brinkhus hält einen Vergleich mit anderen Städten wie Lübeck und Hamburg für interessant.

## **Vortrag 2**

**Johann Dietrich von Pezold:**

**Moses und Heine Ilten –zwei jüdische Mündener Fernhändler in den 1660er Jahren.**

**Zusammenfassung.**

Seit ihrer Gründung im ausgehenden 12. Jahrhundert im Mündungsdreieck an der Vereinigung von Werra und Fulda zur Weser waren Fernhandel und Flussschifffahrt die beherrschenden Erwerbszweige der Stadt Münden (erst seit dem 1.1.1991 „Hann. Münden“!).

In den 1570er Jahren wurden die bis dahin seichten Uferlandeplätze an Werra und Fulda durch Schlagden befestigt. Für deren bauliche Unterhaltung genehmigte Herzog Erich II. die Erhebung eines Schlagdgeldes. Es musste nur für die Güter fremder Kaufleute entrichtet werden.

Die für das 17. Jahrhundert nur lückenhaft erhaltenen Schlagdgelde- und Waagegeldregister erlauben für die Jahre 1662-1665 einen

vollständigen Überblick über die Handelstätigkeit der Mündener Fernhändler und über die von ihnen verhandelten Güter.

Fernhandel betrieben auch die beiden Juden Moses Ilten und sein Sohn Heine Ilten. Güter transportierten für sie Mündener und Vlother Schiffer zu etwa gleichen Anteilen sowie einige Bremer.

Insgesamt sind in den untersuchten vier Jahren 385 Schiffsbewegungen oder durchschnittlich 96 jährlich zu verzeichnen, deren Ladung auch Güter der beiden Mündener Juden umfasste.

Zur Abfertigung oder zum Empfang von Gütern sowie als Waagegäste war Moses Ilten alle drei bis vier Tage auf der Schlagd anwesend, sein Sohn Heine Ilten bei geringerem Geschäftsvolumen im Durchschnitt wöchentlich ein Mal.

Die verhandelten Güter waren stromabwärts hauptsächlich Getreide und andere landwirtschaftliche Produkte, Tabak und Eisen, das vermutlich von der landgräflich hessischen Hütte im benachbarten Veckerhagen stammte. Stromaufwärts erhielten sie größtenteils Fisch sowie Käse, Olivenöl, Teer, Leder und Häute. Der Mittelpunkt ihres Erwerbslebens war für Moses und Heine Ilten die Schlagd. Sie handelten in gleichem Maße und mit den gleichen Gütern wie die christlichen Mündener Fernhändler.

### **Aussprache**

Herr Meiners hebt hervor, dass es sich um bisher unbekannte Ergebnisse handele.

Herr v. Pezold hält fest, dass der Weserraum keine Einheit sei. Juden tauchten entlang der Weser früher auf als im Binnenland.

## **Vortrag 3**

**Bernhard Gelderblom:**

**Der Hamelner Kaufmann Hertz Joseph Detmold und seine Kinder. Ein Blick in seine weitreichenden geschäftlichen Beziehungen anhand eines Bündels von Briefen aus der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts**

Hertz Joseph wurde um 1726 in Detmold geboren.<sup>1</sup> Sein Vater Joseph Isaac (gest. 1770)

<sup>1</sup> Literatur: Gronemann, S. 136; Michael Guenter, Die Juden in Lippe von 1648 bis zur Emanzipation 1858, Detmold 1973, S. 175

war amtlich bestallter Hofjude, Kammeragent und Tabakfabrikant in der lippischen Residenzstadt Detmold. Hertz Joseph war ungefähr 26 Jahre alt, als er 1752 nach Hameln ins Kurfürstentum Braunschweig-Lüneburg, das spätere Königreich Hannover, wechselte.

Spätestens 1767/68, 14 Jahre nach seinem Zuzug, erwarb er das repräsentative Rattenfängerhaus<sup>2</sup> in der Osterstraße, neben dem Hochzeitshaus der prächtigste Renaissancebau der Stadt, ein sichtbares Zeichen von Wohlstand, Hinweis aber auch auf gesellschaftlichen Einfluss, über den Hertz Joseph verfügte, war damals doch jüdischen Einwohnern Hausbesitz nur ausnahmsweise gestattet.

Zusammen mit seiner Gattin Bela Hamm<sup>3</sup> hatte Hertz Josef zehn Kinder. Im Jahre 1776 – im Alter von 50 Jahren – stand Hertz Josef einem Haushalt von elf Personen vor, darunter mehrere Bedienstete.

In diesem Jahr kaufte er das Fachwerkhaus Alte Marktstraße 12 und stellte es der Hamelner jüdischen Gemeinde als „der Juden Tempel“ zur Verfügung.<sup>4</sup> Der Bau diente schon seit längerem als Synagoge und Mikwe, war aber nur gemietet.

Zeitweise besaß Hertz Joseph vier Häuser in Hameln, darunter ein Nachbargebäude der Synagoge, das er gekauft haben mag, um die Synagoge zu erweitern. Am 31. Mai 1789 verschied Gattin Bela. 1792 – Hertz Joseph war 66 Jahre alt – umfasste der Haushalt des Witwers noch sechs Personen.

Hamelner Quellen bewahren nur wenige Nachrichten über die Geschäftstätigkeit von Hertz Joseph auf. 1794 finden wir ihn auf einer Liste des Hamelner Krameramtes. Er zählt zu den Juden, „welche die Jahrmärkte in Hameln mit unveracciseten Waaren gewöhnlich zu besuchen pflegen“.

Im Jahr 1797 baten die Hamelner Juden den Rat, Synagoge und Mikwe in der Alten Marktstraße 12 auch in Zukunft nutzen zu dürfen.

<sup>2</sup> Es gehörte ihm von 1770-1788, laut dem früheren Hamelner Stadtarchivar Börsch von 1768-1801

<sup>3</sup> Bela Hamm ist die Tochter von Moses Hamm, der seit 1734 aus Hamm kommend in Hameln ansässig wird. Der Kaufmann Moses Hamm ist Hausbesitzer und einer der Vorsteher der Gemeinde. Er handelt u.a. mit Gold, Silber und Spitzen. Später wird er Buchhalter des Hauses Oppenheimer in Hannover. 1782 stirbt Moses Hamm in Hameln.

<sup>4</sup> Feige, Rudolf, Dewezet vom 26. 11. 1963

Hintergrund war, dass Hertz Joseph das Haus der jüdischen Gemeinde verkaufen wollte. Die Petition war mit der Zusicherung verbunden, dass die Hamelner Juden die Kosten dafür auf Dauer aufbringen würden.<sup>5</sup> Der Rat dürfte deswegen auf dieser Zusicherung bestanden haben, weil sich damals Hertz Josephs Umzug nach Hannover abzeichnete.<sup>6</sup>

Vier Jahre später – 1801 – verkaufte Hertz Isaak sein prächtiges Wohnhaus in der Osterstraße. In Hannover, wo mehrere seiner Kinder mit ihren Familien lebten, zog er zu seinem Sohn Isaak Hertz in die in der Neustadt gelegene Lange Straße 52.

Dort nannte er sich nun Hertz Joseph Hameln-Detmold. Er starb am 3. April 1803 und wurde auf dem alten jüdischen Friedhof in der Oberstraße begraben. Sein Grabstein hat sich erhalten.

Als 1899 in Hameln das dem Rattenfängerhaus benachbarte Eickhoffsche Haus Osterstraße 27 abgerissen wurde, entdeckte man in der beiden Häusern gemeinsamen Hauswand ein Bündel von Dokumenten aus dem Besitz von Hertz Detmold.

Der Fund umfasst 13 jüdisch-deutsche Briefe, eine jüdisch-deutsche Quittung, sieben deutsche Briefe und einen Pass, der den „Hofjuden Hertz Joseph, Sohn des Hofjuden Joseph Isaac, zur Reise von Dettmold nach Hannover, Dettmold 1746“ berechnete.<sup>7</sup>

Achtzig Jahre später – bei Sanierungsarbeiten im Rattenfängerhaus im Februar 1981 – fand sich unter den Dielen das Fragment eines handschriftlichen jüdischen Gebetbuches und ein weiterer jüdisch-deutscher Brief.<sup>8</sup>

Der Erhaltungszustand der Briefe und Dokumente ist naturgemäß recht schlecht. Es gibt Feuchtigkeits- und Schimmelspuren. Manche wirken stark abgenutzt, als seien sie lange mit sich herumgetragen worden. Andere sind mit Zahlenkolonnen versehen und wurden als Notizzettel verwendet.

<sup>5</sup> Offenkundig hat die Stadt dieser Bitte stattgegeben. Bis 1820 bleibt das Haus im Besitz der Gemeinde.

<sup>6</sup> Laut Kämmereirechnungen hielt er sich bis 1801 in Hameln auf.

<sup>7</sup> Im Museum Hameln

<sup>8</sup> Das Exemplar liegt im Museum; vgl. Norbert Humburg in der Dewezet vom 9. 5. 1981.

Es sind nur Briefe an Hertz Joseph bzw. in einem Fall an seinen Vater Joseph Isaak erhalten, nicht jedoch etwa Kopien der Briefe, die Hertz Joseph selbst geschrieben hat. Das und die Tatsache, dass keinem der Absender mehr als ein Brief zugeordnet werden kann, macht es schwer, den Inhalt der Briefe zu deuten und die Namen der Absender zu identifizieren.

Zu den Absendern gehören Familienangehörige aus Hannover und Hildesheim, vor allem aber Geschäftspartner. Sie melden sich aus Bremen, Detmold, Dohnsen (= Dorf östlich Bodenwerder), Hameln, Hamm, Hildesheim, Horn, Lemgo, Springe und Stapelage (= Lage im Lippischen).

Die Mehrheit der Absender wohnt im Lippischen. Familienangehörige und jüdische Geschäftspartner korrespondierten mit Hertz Joseph in Jüdisch-Deutsch, christliche Geschäftspartner in Deutsch.

Nach dem gegenwärtigen Stand der Entzifferung wurde der älteste Brief 1733 geschrieben, der jüngste 1761. Mehrere Briefe sind jedoch nicht datiert. Soweit die Briefe zu datieren sind, stammen sie überwiegend aus der Zeit vor der Übersiedlung nach Hameln.

Ein Teil der Briefe weist ein Adressfeld auf, andere wurden in einem Umschlag versandt, der sich nicht erhalten hat. Das Adressfeld musste, sollte die Post den Brief befördern, in deutscher Sprache und Schrift geschrieben sein. Ein Brief muss durch einen jüdischen Boten transportiert worden sein, weil sein Adressfeld mit hebräischen Lettern geschrieben ist.

#### Die deutschen Briefe

Unter den sieben deutschen Briefen befindet sich einer, der ohne Datum und Absender überliefert ist. Der Schreiber offenbart darin eine akute finanzielle Not. Er erbittet eine Vorauszahlung von 50 Talern und bietet dafür ein Pfand. Das Geld brauche er noch am Abend, spätestens aber am folgenden Tag morgens um 8 Uhr.

Dem Schreiben eines Händlers aus Bremen vom 15. Mai 1752 ist zu entnehmen, dass Hertz Joseph, damals noch in Detmold, aber schon auf dem Sprung nach Hameln, in Hameln eine Tee-Handlung eröffnen wollte.

In dem sehr sorgfältig formulierten Brief drückt der Absender seine Verwunderung

über eine offenbar von Hertz formulierte Beschwerde aus.

Schon lange erhalte er seinen Tee aus genau der Kiste, die er gekauft habe. Er fährt fort:

„Inzwischen wünsche (ich) Ihnen zu Dero auszurichtenden (Thee-) Handlung in Hameln viel Glück und Segen, und wenn Eure Exzellenz gesonnen, die Handlung mit mir fortzusetzen, so werde nicht ermangeln, Ihnen jeder Zeit so zu begegnen, dass sie völlig vergnügt sein sollen.“

Am Schluss des Schreibens findet sich ein Hinweis auf eine gerade eingetroffene, besonders feine Sorte chinesischen schwarzen Tees, „so vor Congo passiren konnte“. Das Pfund könne er für 60 Groschen erhalten. Tee war damals ein Luxusartikel.

Das Schreiben eines A. Clüver aus Stapelage erreichte Hertz im Jahre 1752. Um 100 Reichstaler, die ihm die lippische Regierung schulde, zurückzuerhalten, brauche er einen Legitimationsschein. Dieser liege beim Hamelner Stadtsekretär Katerbach. Hertz Joseph möge den Schein abholen und ihm zusenden. Außerdem bittet Clüver um Informationen zum Lotteriewesen in Hameln.

#### Die jüdisch-deutschen Briefe

Insgesamt zehn jüdisch-deutsche Briefe sind überliefert. Mit Ausnahme von drei Briefen wurden sie dankenswerterweise im Auftrag des Museums Hameln für die 2012 neu geschaffene Dauerausstellung übersetzt. Übersetzer war der Lektor für Jiddisch an der Uni Regensburg, Holger Nath.<sup>9</sup>

Ein nicht datierter Brief eines Süßkind geht an Hertz Joseph und seine Frau Bela. Der Schreiber, offenkundig ein Bediensteter, legt darin Rechenschaft über zwei Aufträge ab, die Hertz Joseph ihm erteilt hat. Süßkinds Kinder hätten ungefähr 1000 Zentner Pferdefutter in Ottenstein gekauft. Dafür sei das ihnen ausgehändigte Geld komplett aufgewendet worden. Jetzt stelle sich die Schwierigkeit ein, das Futter außer Landes zu bringen – Ottenstein liegt im Herzogtum Braunschweig. Das hätten die Behörden verboten.

<sup>9</sup> Snell, Gesa, „Mein lieber Herr Hertz“ – Briefe an einen jüdischen Kaufmann, in Museumsverein Hameln, Jahrbuch 2011/2012, S. 35-54

Soll Süßkind nun das Futter wieder verkaufen? Den zweiten Auftrag, den Pferdehandel, habe er persönlich abgewickelt; darum müsse Hertz sich nicht sorgen. Am Schluss richtet Süßkind Grüße an Sohn Jakob aus. Da dieser 1767 starb, muss der Brief früher geschrieben sein. Es gibt noch einen weiteren Anhalt zur Datierung. Die erheblichen Mengen an Pferdefutter, mit denen Hertz Joseph handelt, sind nur auf dem Hintergrund des Siebenjährigen Krieges, also zwischen 1756 und 1763, denkbar. Hertz Joseph war also auch als Heereslieferant tätig.

Anrührend ist ein Brief, den Bela Hamm ihrem Verlobten schreibt.<sup>10</sup> Die Sehnsucht nach Hertz Joseph, der für einige Tage nach Detmold verreist ist, lässt sie nicht essen, nicht trinken, nicht schlafen. Es sei kaum auszudenken, wie sehr sich die Entfernung von nur fünf „Parasangen“ auf ihr Gemüt auswirke. Seit sie nun einen Brief von ihm erhalten habe und wisse, dass er gut angekommen sei und gute Geschäfte mache, gehe es ihr besser.

Über ihre eigenen Geschäfte berichtet sie, etwas gekauft und Schulden bezahlt zu haben. Um wieder liquide zu sein, sei sie gezwungen gewesen, etwas zu versetzen.

War es ein bewusster Akt, die Briefe aufzubewahren oder sind sie einfach „verlegt“ und am Ende vergessen worden? Das Konvolut wirkt wie eine zufällige Sammlung; neben Geschäftsbriefen stehen Briefe rein familiären Charakters.

Der Umfang der Sammlung ist verhältnismäßig gering, und die Zeitspanne, aus der die Briefe stammen, außerordentlich groß.

### **Aussprache**

Der Pferdehandel könnte mit dem Siebenjährigen Krieg zusammenhängen.

Die Grabsteine wurden von christlichen Steinmetzen hergestellt.

Hertz hat schon früh eine Konzession zum Hauskauf erhalten. Der (konvertierte) Sohn Johann Hermann Detmold war ein bekannter Advokat.

<sup>10</sup> Auf wen die Zuschrift in Blei „Schreiben der Braut (oder Frau) des Herz Detmold an Letzteren 1751“ zurückgeht, ist unklar. Der damalige Museumsleiter Heinrich Spanuth hatte keine hebräischen Sprachkenntnisse.

## **Vortrag 4**

**Werner Meiners:**

### **Auf der Suche nach einer Existenzgrundlage. Juden als „Eindringlinge“ in „abgesteckte“ Handelsreviere an der Mittel- und Unterweser um 1800**

Im Mittel- und Unterweserraum war die jüdische Ansiedlung gegen Ende des 18. Jahrhunderts so weit fortgeschritten, dass Teile der Region nicht nur aus behördlicher Perspektive, sondern auch aus Sicht der bereits niedergelassenen Juden als bereits relativ dicht „besetzt“ galt. Wenn ein junger Jude, besonders sofern er nicht von einer inländischen Schutzjudenfamilie abstammte, hier noch auf Dauer unterkommen wollte, musste er dazu Nischen und Unterstützung finden.

Aus der Vielzahl der inzwischen bearbeiteten Zuwanderungsfälle wird beispielhaft die Erfolgsbilanz dreier 1756 bis 1769 geborener Immigranten vorgestellt, die im Zeitraum 1774 bis 1789 aus weit entfernten Regionen in den Unter- und Mittelweserraum einwanderten und hier 1789 bis 1804 einen Schutzbrief erhielten.

Als Quellen stehen in den ersten beiden Fällen amtliche Akten zur Verfügung, im zweiten Fall enthält das Schutzgesuch zudem einen relativ ausführlichen Lebenslauf. Im dritten Fall geht es um den bekannten Autobiographen „Ascher Lehmann“, doch ist diese Mischform seines Namens wohl nur ein nachträgliches Konstrukt. Ich bleibe im Folgenden bei dem „bürgerlichen“ Namen „Lehmann Aaron“, den er im hier behandelten Zeitraum trug.

Die Startbedingungen dieser Zuwanderer waren durchaus unterschiedlich:

(1) Moses Levi Abraham stammte aus der Umgebung von Frankfurt a. M., verließ nach dem Tod seiner Eltern seine Heimat, ging auf Wanderschaft und war etwa 18 Jahre alt, als er 1774 in Bruchhausen eine Anstellung als Hausierknecht fand. Dort blieb er zwölf Jahre (zumindest offiziell) im Dienst, hielt sich aber die meiste Zeit in Bremen und dessen kurhanoverschen Umland auf.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Zu den Aufenthaltsbedingungen im „judenfreien“ Bremen vgl. demnächst Werner Meiners, Jüdische Grenzgänger. Die Migration von Juden in das Bremer Umland und die Aufenthaltsbedingungen für Juden in Bremen 1770 – 1810, in: Bremisches Jahrbuch 92, 2013.

Als er sich 1788 in unmittelbarer Nähe zu Bremen selbständig niederlassen wollte, konnte er auf einen treuen Kundenstamm, einen guten Leumund, ein Eigenkapital von 1.300 Talern und eine ausstehende Mitgift seiner Braut verweisen, der Tochter des wohlhabenden Schutzjuden Hertz Hein in Bremervörde.

Die Regierung in Stade erlaubte ihm zwar nicht die Niederlassung auf dem direkt vor den Toren Bremens gelegenen Barkhof und auch nicht in ebenfalls günstig liegenden Dörfern Hastedt (wo erst 1785 ein Schutzjude „angesetzt“ worden war) bzw. Schwachhausen, wohl aber versuchsweise auf drei Jahre in der kleinen Ansiedlung Burg im Nordwesten von Bremen.

Da Burg drei Stunden Fußmarsch von der Stadt entfernt lag, bemühte sich der geschäftlich erfolgreiche Moses Levi Abraham bei der 1795 anstehenden Schutzverlängerung um eine Umzugsgenehmigung nach Hastedt.

Dort ließ er bereits durch einen Schneider Männerkleidung für den Verkauf in Bremen anfertigen und bot sich nun an, den zahlreich in Hastedt wohnenden Strumpfwebern die benötigte Wolle preisgünstiger zu beschaffen als die bisherigen Bremer Zulieferer.

Als sich dann 22 Strumpfweber für seine Ansiedlung in Hastedt aussprachen, sah die Regierung in Stade keinen Grund mehr, sich dem Umzugswunsch zu widersetzen und verlängerte zugleich den Schutz auf unbestimmte Zeit, 1795 auf Lebenszeit.

(2) Ebenfalls verwaist war der 1765 geborene Ezechiel Abraham aus Amsterdam. Nach dem Verlust seiner Eltern in seiner „zartesten Kindheit“ wurde von seinem Onkel Jacob Alexander in Achim aufgenommen.

Als er 20 Jahre alt war, besorgte ihm sein Onkel ihm eine „Lehrstelle“ bei einem seiner Freunde, dem bereits erwähnten Hertz Hein. 1792 wollte er sich in Schwachhausen selbständig machen.

Er erklärte, allein im bremischen „Ausland“ geschäftlich tätig werden zu wollen und dadurch Geld ins Hannoversche zu ziehen. Daraufhin wurde ihm der Schutz erst einmal auf drei Jahre erteilt, 1795 auf weitere drei Jahre verlängert und 1798 auf Lebenszeit erteilt.

(3) Lehmann Aaron kam dagegen aus geordneten häuslichen Verhältnissen in Oberfran-

ken, zog aber als Zwanzigjähriger um 1789 nach Bruchhausen, als er von einem bereits dort arbeitenden Vetter von besseren Möglichkeiten zu beruflichem Erfolg und Etablierung in Nordwestdeutschland hörte, als seine Heimat sie ihm bot: eine typische Kettenwanderung und ein Beleg von vielen für ein funktionierendes Informationssystem zwischen den jüdischen Gemeinden Mitteleuropas.

Lehmann Aaron kam allerdings durchaus nicht in das erhoffte „goldene“ Land. Als Hausierknecht in Bruchhausen und Hoya betrug seine Ersparnisse nach drei Jahren lediglich zehn Taler, obwohl er (unerlaubterweise) „auf halben Profit“ arbeitete. Erst als er 1795 – bei sich bessernder Konjunkturlage und erst recht verbotenerweise – auf eigene Rechnung Handel trieb, konnte er sich 100 Taler zusammensparen, verlor jedoch den größten Teil während des folgenden strengen Winters schon wieder.

Als Angestellter eines jüdischen Heereslieferanten verdiente er anschließend in kurzer Zeit 300 Taler. Er machte sich wieder selbständig, traf dabei aber auf die Abwehr der bereits etablierten Schutzjuden, die ihren Handelsdistrikt gegen den Eindringling verteidigen, der nicht dem eigenen Familienverband angehörte.

Angesichts seiner perspektivlosen Lage traf Lehmann Aaron die Entscheidung zur Rückkehr „nach meinem Vaterland“. Als er bereits Kassel erreicht hatte, „hieß es, daß die Franzosen in Bamberg seien und alle jungen Leute zu Soldaten nähmen.“

Er kehrte fast mittellos in den Mittelweserraum zurück, konnte sich aber durch den Uhrenverkauf an Soldaten wieder ein kleines Grundkapital ersparen und war anschließend so erfolgreich, dass sein Vermögen 1803 bis zu 1.500 Taler betrug und anschließend weiter stieg.

Offenbar nur aufgrund der unübersichtlichen politisch-militärischen Lage mit häufigen Truppendurchzügen und Stationierungen sowie durch Protektion ihm geschäftlich verbundener Beamter ist es Lehmann Aaron möglich gewesen, jahrelang ohne Einschreiten der Behörden seine illegalen Geschäfte zu betreiben und Quartier zu finden. Obwohl er keinen Schutzbrief besaß, stellte ihm das Amt Verden 1802 ein besonders positives Attest aus.

„Durch Bekanntschaft mit mehreren Herrschaften“ und mit „großen Kosten“ erhielt Lehmann Aaron schließlich auch einen Schutzbrief für Hoya. Dort konnte er sich mit seiner Frau aber erst nach heftigem Widerstand des örtlichen Amtmanns niederlassen. Unter westfälischer Herrschaft zog Lehmann Aaron, nun ein den Christen rechtlich gleichgestellter Staatsbürger, 1810 in das bislang „judenfreie“ Verden um. Mit der Ansiedlung von Lehmann Aaron und weiteren jüdischen Familien begann 1810 bis 1813 unter französischer Herrschaft die Geschichte der jüdischen Gemeinde von Verden.

Die drei Beispielfälle sind geeignet, exemplarisch die Chancen und Hindernisse für jüdische Zuwanderer in Nordwestdeutschland um 1800 aufzuzeigen. Deutlich wird, dass es flexiblen und geschäftlich talentierten jungen Männern gelingen konnte, hier Fuß zu fassen,

- wenn sie eine Anstellung als umsatzbeteiligter Knecht eines geschäftlich erfolgreichen Schutzjuden fanden oder unter dem Namen eines Schutzjuden auf eigene Rechnung tätig werden konnten;
- wenn die besonderen politisch-wirtschaftlichen Verhältnisse (hier besonders die Wirtschaftsbelebung um 1800) es dem Zuwanderer ermöglichten, mit geringem Eigenkapital in kurzer Zeit relativ große Handelsgewinne zu verbuchen;
- wenn sich die Möglichkeit bot, in eine etablierte und bei den Behörden gut angesehene Schutzjudenfamilie einzuheiraten;
- wenn sie einen Ort zur Niederlassung fanden, der eine ausreichende „Nahrung“ versprach und aus behördlicher Sicht die Ansiedlung eines (weiteren) Juden „vertrug“;
- wenn ihr Niederlassungswunsch von Einwohnern, besonders aber den örtlichen Beamten befürwortet wurde;
- wenn ihr illegaler Aufenthalt und ihre illegale Geschäftstätigkeit von der Landbevölkerung gedeckt und von konkurrierenden Schutzjuden nicht oder nur erfolglos bei den Behörden denunziert wurden;
- wenn die Behördenvertreter die judenrechtlichen Vorschriften lax handhabten bzw. wegen unübersichtlicher Verhältnisse nicht zu genauen Kontrollen in der Lage waren oder Beamte bzw. Militärkommandanten den Zuwanderer protegierten.
- Eine weitere Möglichkeit, auf Dauer im Lande unterzukommen, war die Konversion zum christlichen Glauben – auch dieser Weg wurde von mehreren jüdischen Knechten gewählt.

Ein Katalog mit vielen „Wenn“, bezogen auf die Lebenswirklichkeit allerdings mit noch mehr „Aber“. Gelingen konnte die Existenz- und Familiengründung unter den herrschenden Verhältnissen nur Einzelnen. Sie schafften es, in Nordwestdeutschland dauerhaft „Wurzeln zu schlagen“.

Was aber geschah mit der gegen 1800 immer größer werdenden Zahl von Juden, die bei der Suche nach einem sicheren Unterkommen erfolglos blieben? Angesichts der für sie geltenden restriktiven Zulassungspolitik war es kein Wunder, dass nicht nur Süddeutschland sondern auch unsere Region zunehmend von „Betteljuden“ durchzogen wurde. Doch das ist ein anderes Kapitel ...

### **Aussprache**

Frau Obenaus stellt die Frage, warum sich die Juden in Verden halten können. Unterschieden werden muss zwischen dem Widerstand der Zünfte gegen Juden und deren Förderung auf dem Land.

In der Aussprache wird bedauert, dass die jüdische Gemeinde in Harburg zu wenig erforscht und bekannt ist.

Herr von Pezold unterstreicht, dass Juden zwei Dinge besser getan haben; sie haben Stadt und Land verknüpft, verbunden, und sie haben landwirtschaftliche Produkte, Vieh, Pferde vermarktet.

### **Arbeitskreis Planung**

Herr Meiners weist noch einmal auf die anstehenden Neuwahlen hin. Herr Obenaus regt an, die Möglichkeiten einer Kooperation mit Hamburg, vielleicht auch mit Ostwestfalen zu prüfen.

---

## Auswahlbibliographie zur Geschichte der Juden in Niedersachsen und Bremen (Stand: Juli 2013)

---

Die Auswahlbibliographie berücksichtigt in erster Linie Titel, die von der „Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek – Niedersächsische Landesbibliothek“ in ihre „Niedersächsische Bibliographie online“ ([http://www.gwlb.de/nis/niedersaechsische\\_bibliographie/](http://www.gwlb.de/nis/niedersaechsische_bibliographie/)) aufgenommen worden sind.

Die Liste wird ergänzt durch Publikationen, die dem Arbeitskreis „Geschichte der Juden“ direkt mitgeteilt werden. Autorinnen und Autoren von Aufsätzen in Zeitschriften, Jahrbüchern oder Sammelbänden werden gebeten, die Titel ihrer Arbeiten zu melden.

Marlis Buchholz  
 Franz-Bork-Str. 15  
 30163 Hannover  
[MarlisBuchholz@gmx.de](mailto:MarlisBuchholz@gmx.de)

**Arends, Silke**, Der Glaube lebte in fünf Häusern. Neustadtgödens gehörte einst zu Ostfriesland und war weithin dafür bekannt, dass hier Lutheraner, Reformierte, Katholiken, Mennoniten und Juden gemeinschaftlich den Toleranzgedanken pflegten. In: Ostfriesland-Magazin. Zeitschrift für Land und Inseln zwischen Dollart und Jadebusen. Norden Jg. 29 (2013) Heft 3, S. 70-77

**Arends, Silke**, Ein Stein. Ein Name. Ein Mensch. Mit Stolpersteinen wird europaweit an das Schicksal jener Menschen erinnert, die in der NS-Zeit ermordet, deportiert, vertrieben oder in den Suizid getrieben wurden. In Aurich findet in diesem Monat die fünfte Verlegung solcher Gedenksteine für ehemalige jüdische Mitbürger statt. In: Ostfriesland-Magazin. Zeitschrift für Land und Inseln zwischen Dollart und Jadebusen. Norden Jg. 29 (2013) Heft 2, S. 90-91

**Banse, Dietrich u.a.**, Stolpersteine in Uelzen. Spurensuche. Erinnerungen an Uelzener Bürgerinnen und Bürger jüdischen Glaubens. Hrsg. Geschichtswerkstatt Uelzen e.V. – Anmerkung: Zu beziehen über: [kontakt@geschichtswerkstatt-uelzen.de](mailto:kontakt@geschichtswerkstatt-uelzen.de)

**Böhme, Ernst**, Zwei jüdische Beschneidungsamulette im Städtischen Museum Göttingen.

In: **Reitemeier, Arnd / Ohainski, Uwe** (Hrsg.), Aus dem Süden des Nordens. Studien zur niedersächsischen Landesgeschichte für Peter Aufgebauer zum 65. Geburtstag. Göttingen 2013, S. 33-38 (Veröffentlichungen des Instituts für Historische Landesforschung der Universität Göttingen)

**Casemir, Kirstin**, Die Namen der jüdischen Bevölkerung in Ostfalen bis zum Beginn der Neuzeit. In: **Reitemeier, Arnd / Ohainski, Uwe** (Hg.), Aus dem Süden des Nordens. Studien zur niedersächsischen Landesgeschichte für Peter Aufgebauer zum 65. Geburtstag. Göttingen 2013, S. 77-96 (Veröffentlichungen des Instituts für Historische Landesforschung der Universität Göttingen)

**Ehrhardt, Frank / Bergemann, Kirsten / Voges, Jonathan**, Zwischen Erfolg und Ablehnung. Jüdische Braunschweiger und ihr Engagement in der Gesellschaft. Eine Spurensuche. Hrsg. Arbeitskreis Andere Geschichte. Braunschweig 2013 – Porträtiert werden Dr. David Mansfeld, Max Jüdel, Dr. Norbert Regensburger, Emilie Galka Scheyer

**Hartmann, Jürgen**, „Vom Zahne der Reform und des Indifferentismus benagt“. Zur religiösen Ausrichtung jüdischer Lipper von der Mitte des 19. bis ins 20. Jahrhundert. In: Rosen-land. Zeitschrift für Lippische Geschichte 14(2013), S. 21-43 –

Anmerkung: [www.rosenland-lippe.de](http://www.rosenland-lippe.de)

**Hoffmann, Andrea**, Der Armenarzt in der Flaniermeile: Philipp Simon Dawosky und das Wohnhaus Zöllnerstraße Nr. 29. Vastorf (Kreis Lüneburg) 2013 (Buchreihe Nexus Band 4, Celle)

**Jüdische Ärzte** in Hannover. Erinnerung und Gedenken. Arbeitskreis „Schicksale jüdischer Ärzte in Hannover“, Ärztekammer Niedersachsen, Bezirksstelle Hannover. Redaktion Raimund **Dehmlow**. 2. korrigierte Auflage Hannover 2013

**Jürging, Michael**, Schicksale jüdischer Geschäftsleute am Schwarzen Bären [Hannover-Linden]. Hannover 2013

**Kieckbusch, Klaus**, Die jüdische Familie Rotenberg. Aus Mackensen über Arholzen in die Welt. In: Jahrbuch für den Landkreis Holzminden. Hrsg. im Auftrag des Heimat- und Geschichtsvereins für Landkreis und Stadt Holzminden e.V. Holzminden Bd. 31(2013), S. 21-44

**KöB**, Irene, Ein Seebad für alle. In: Ostfriesland-Magazin: Zeitschrift für Land und Inseln zwischen Dollart und Jadebusen. Norden Jg. 29(2013) H. 7, S. 60-61

**Krueger**, Thomas, Wir sind doch keine Juden? Jüdisches Leben und sein Ende im südniedersächsischen Industrieflecken Delligsen. In: Reitemeier, Arnd / Ohainski, Uwe (Hg.), Aus dem Süden des Nordens. Studien zur niedersächsischen Landesgeschichte für Peter Aufgebauer zum 65. Geburtstag. Göttingen 2013, S. 305 (Veröffentlichungen des Instituts für Historische Landesforschung der Universität Göttingen)

**Kurth**, Hansdieter, Endstation Theresienstadt 1942. Die „Todesfallanzeigen“ für Ludwig und Bertha Leeser. In: Unter der Staleke. Heimatzeitung für die Samtgemeinde Hagen. Hagen im Bremischen 2013, Nr. 189, S. 50-51 –

*Anmerkung:* Bramstedter Kaufmannsehepaar, 1941 nach Bremen, anschließend nach Theresienstadt deportiert, 1942/43 gestorben

**Sieve**, Peter, Juden in Vechta 1709-1939. Überblick zur Geschichte der Synagogengemeinde Vechta. Herausgegeben von der Stadt Vechta. Vechta 2013 –

*Anmerkung:* Kontakt über [info@vechta.de](mailto:info@vechta.de)

**Strobach**, Berndt, Bei Liquiditätsproblemen: Folter. Das Verfahren gegen die jüdischen Kaufleute Gumpert und Isaak Behrens in Hannover, 1721-1726. Berlin 2013 –

*Klappentext:* „Folter im aufgeklärten 18. Jahrhundert? Durchaus! Die späte Frühe Neuzeit hegte noch beträchtliche mittelalterliche Reste: Zwei insolvente jüdische Bankiers in Hannover sollten preisgeben, wohin sie Werte aus der Konkursmasse angeblich verschoben hatten. Die (erfolglose) Tortur war der Höhepunkt eines Prozesses, in dem wahnhaftes obrigkeitliches Misstrauen und die Wut frustrierter Gläubiger ihre Opfer fanden. Im Verdacht der Beihilfe: der im preußischen ‚Ausland‘ lebende Halberstädter Hofjude Berend Lehmann. Es kam zu juristisch-diplomatischen Streitigkeiten zwischen dem britisch-hannoverschen König Georg I. und dem preußischen ‚Soldatenkönig‘ Friedrich Wilhelm I.“

---

## Programm der Tagung des Arbeitskreises „Geschichte der Juden“ am Mittwoch, 18. September 2013 in Hannover

---

(vorläufige Planung und Arbeitstitel der Vorträge)

**10.30 Uhr:** Begrüßung

**10.40 – 11.30 Uhr:** Sprecher-Neuwahlen. Arbeitskreis: Perspektive und Themenplanung. Projekte und Informationen.

**11.30 – 12.15 Uhr**

**Gero Conring:**

Vorstellung des Emdener Schülerprojekts „Eine Reise nach Lodz – Auf der Suche nach den Spuren der letzten ostfriesischen Juden“.

**Schwerpunktthema: Jüdische Schulen und jüdische Lehrer vom 18. bis zum 20. Jahrhundert – Geschichte und Erinnerungskultur (Teil I)**

**12.15 – 13.00 Uhr**

**Sibylle Obenaus:**

Baruch Schlesinger (1814 - 1885), jüdischer Lehrer und Kultusbeamter in Förste, Bremke, Adelebsen, Osterode, Celle und Göttingen.

**13.00 – 14.00 Uhr:** Mittagspause (Kantine)

**14.00 – 14.55 Uhr**

**Johann Dietrich v. Pezold:**

Simon Mauer, von 1831 - 1866 jüdischer Lehrer in [Hann.] Münden.

**14.55 – 15.10 Uhr:** Kaffeepause

**15.10 – 16.00 Uhr**

**Rolf Uphoff:**

Die Geschichte der Israelitischen Schule in Emden (Schwerpunkt: Das Ende der Schule unter nationalsozialistischer Herrschaft).

**16.00 – 16.30 Uhr:** Fortsetzung der Arbeitskreis-Planung. Projekte und Informationen.

Unsere **Tagungsstätte** ist wiederum das Landeskirchenamt Hannover, Rote Reihe 6, Raum 130 („Großer Kollegsaal“, im ersten Stockwerk). Das Landeskirchenamt liegt nahe der Neustädter Hof- und Stadtkirche St. Johannis (gleich nördlich vom Hauptstaatsarchiv). Das Mittagessen wird in der Kantine des Landeskirchenamtes eingenommen.